Haushaltsrede 14.12.2017 Claudia Flaisch – LINKSFRAKTION

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

Die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen nimmt in Deutschland seit Jahrzehnten zu. Die Gründe liegen in der Gesetzgebung durch die Regierungen der letzten 20 Jahre, die einkommens- und vermögensbezogenen Steuern gesenkt, prekäre Beschäftigung, Leiharbeit und die Hartz Gesetze ermöglicht haben.

Das trifft Bürgerinnen und Bürgern wie auch die Kommunen gleicher Maßen.
Eine immer ärmer werdende Bevölkerung für immer höhere Soziallasten bei den Kommunen sorgt. Das bestätigt auch der letzte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Eine genaue Analyse wie es um die soziale Lage der Menschen in Marl bestellt ist, hat ja die Mehrheit in diesem Hause abgelehnt, der letzte Sozialbericht ist mittlerweile 16 Jahre alt und seither hat sich vieles verändert.

Seit 2009 haben sich in Marl die Gewerbesteuereinnahmen verdreifacht und trotzdem gestaltet es sich schwierig nicht weiter in die Schuldenmisere zu rutschen. Das Konnexitätsprinzip wurde und wird durch die Landes- und Bundesregierung massiv verletzt.

Die neue Landesregierung aus CDU und FDP macht da weiter wo Rot Grün aufgehört haben. Der erste Versuchsballon wurde mit der angekündigten Abschaffung des Sozialtickets schon gestartet, nun ist es durch massive Proteste erst mal abgewendet, aber wer hätte die Zeche denn wieder bezahlt?

Die Verkehrsverbünde? Nein, die Kosten wären durch die Kreisumlage wieder in den Städten gelandet, wenn man das Sozialticket denn erhalten wollte.

Nicht abzusehen ist wo Schwarz Gelb denn sparen muss, wenn die Schuldenbremse greift, oder die Wahlversprechen umgesetzt werden sollen, wie zum Beispiel längere Öffnungszeiten bei den Kitas, wer zahlt die höheren Personalkosten?

Seit 2012 ist Marl nun Stärkungspakt-Kommune.
Damit war verbunden, dass die Stadt gezwungen wurde, einen Haushaltssanierungsplan vorzulegen, dessen Fortschreibung wir heute erneut zur Abstimmung vorliegen haben. Der geforderte Haushaltsausgleich wurde trotz einer Gewerbesteuerrückzahlung von knapp 20 Millionen € geschafft und scheint sich für die nächsten Jahre zu bestätigen. Aber für DIE LINKE ist ein ausgeglichener Haushalt nicht alles, weil dieser im Wesentlichen durch Steuererhöhungen, Kürzungen und Stellenstreichungen erreicht wurde, die schmerzlich sind.

Die Verpflichtung, den Haushalt auszugleichen bleibt auch dann, wenn die kalkulierten Einnahmen ausbleiben. Es gibt keine Garantie, dass wir zuverlässig jedes Jahr eine Gewerbesteuer in der gleichen Höhe bekommen.
Ebenso wenig wie der historisch niedrige Zinssatz für die Altschulden über weitere Jahre erhalten bleibt?
Was ist wenn nicht? Weitere Kürzungen oder Steuererhöhungen?

Der im HSP festgeschriebene Abbau von Stellen in der Verwaltung macht sich vor allem in den Bereichen mit Publikumsverkehr negativ bemerkbar wie zum Beispiel im Bürgerbüro wo die Auswirkung besonders eklatant war. Auch die Abarbeitung von wichtigen Projekten gerät ins Stocken, weil Personal fehlt. Positiv ist jedoch, dass Gegenmaßnahmen ergriffen wurden.

Von der generellen Arbeitsverdichtung bei den Mitarbeitern brauchen wir gar nicht erst zu sprechen, die Stellungnahme des Personalrates zum Stellenplan spricht Bände.
Wir hoffen das der neue Personalentwicklungsplan wirksam hilft den Mangel etwas abzumildern.

Ein weiteres großes Hindernis ist ein Sanierungsstau bei öffentlichen Einrichtungen, Gebäuden und Straßen, dessen Finanzbedarf niemand zuverlässig beziffern kann.
Das Investitionsvolumen ist in Marl zwar gestiegen, aber das ist angesichts des hohen Sanierungsstau völlig unzureichend. Das führt zu einem weiteren Werteverzehr und belastet somit die Haushalte der kommenden Jahre.

Investitionen in die Infrastruktur unserer Stadt sind aber dringend geboten, um die Lebensqualität und das Anlagevermögen zu erhalten!

Wir sehen also das trotz Stärkungspakt und bislang erfolgreich umgesetzten HSP steht Marl vor einem gigantischen Schuldenberg, alleine die bestehende Kredite belaufen sich auf rund 250 Millionen Euro.
Eine Entschuldungsperspektive ist nicht in Sicht. Nicht nur bei der LINKEN wird deshalb eine Entschuldung der Kommunen gefordert, auch RVR und der Städtetag NRW haben im Laufe des Jahres verlangt, die Altschuldenproblematik vorrangig anzugehen.

Da gilt es die Landesregierung in die Pflicht zu nehmen. In Hessen hat Schwarz-Grün die Problematik erkannt und will noch vor der nächsten Landtagswahl in 2018 die sogenannte HESSENKASSE einführen.

Ein ähnliches Konzept hat auf dieser Basis die Gewerkschaft Ver.di entwickelt welches sich „NRW Kasse“ nennt.
Das sieht vor das NRW einen Entschuldungsfond als Sondervermögen auflegt, in dem die Kassenkredite der NRW Kommunen in Höhe von zurzeit 26,8 Mrd. Euro zusammengefasst werden. Plan ist, die teilnehmenden Städte und das Land zahlen einen festzulegenden Betrag von z.B. 70 Euro pro Einwohner in die NRWKASSE ein und die Zinsen übernimmt das Land.
Die NRWKASSE würde über Staatsanleihen finanziert. 10-jährige Staatsanleihen werden derzeit noch mit 0,5 % verzinst.
Die Laufzeit des Projektes soll 30 Jahre sein. Danach übernimmt das Land die Restschulden.

Neben einer Regelung für die Altschulden, wäre eine Verbesserung der Einnahmestruktur in den Kommunen ebenso wichtig.

Zum Beispiel durch die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer, dazu hat DIE LINKE wiederholt Anträge im Bundestag eingebracht.
Die Einbeziehung aller unternehmerisch Tätigen, auch der Freiberufler in die Gewerbesteuerpflicht würde dazu führen, den Kommunen mehr vom Steuerkuchen zu verschaffen.

Nicht neu ist, dass diese Misere nicht in Marl gelöst werden kann.
Nur mit einer verlässlichen Einnahmen-Struktur und einen Fonds für die Altschulden erhalten die Kommunen ihre Gestaltungsmacht zurück.
Deshalb möchten wir unseren Appell erneut an die alten und wohlmöglich neuen Regierungsparteien richten, dass es außerordentlich hilfreich wäre, wenn ihre Abgeordneten in Berlin diese Initiativen unterstützen würden!

Unsere Kritikpunkte haben sich seit 2012 nicht wirklich verändert. Der Entwurf enthält kleine Verbesserungen, sie weisen in die richtige Richtung. Das Kürzungsprogramm „Haushaltssanierung“ wird fortgesetzt, aber zum Glück nicht verschärft.
Hier und da werden die gewonnenen Spielräume genutzt, um Zeichen zu setzen.
Wie jetzt aktuell die Anträge zur Entfristung der Schulsozialarbeiterstellen und die Verbesserung der digitalen Infrastruktur an unseren Schulen.
Dies begrüßen wir ausdrücklich!

Für uns stehen den positiven Veränderungen leider zu viele negative Einflüsse gegenüber. Aus diesen Gründen lehnt die Ratsfraktion DIE LINKE den Haushaltsentwurf 2018 und die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans weiterhin ab.

Vielen Dank.